S 141 R 1198/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 16.
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Deskriptoren Witwenrente - Versorgungsehe -

Wiederheirat - Common Law-Marriage

Leitsätze -

Normenkette SGB VI § 46 Abs. 2 a

1. Instanz

Rechtskraft

Aktenzeichen S 141 R 1198/19

Datum 10.01.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 16 R 245/23 Datum 03.07.2024

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 10. Januar 2023 wird zurückgewiesen.

Au̸ergerichtliche Kosten sind auch für das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob die kanadische Klägerin einen Anspruch auf eine deutsche Witwenrente hat.

Die 1952 auf den P geborene Klägerin heiratete den Versicherten J G (nachfolgend: Versicherter) am 1975 in M. Der Versicherte war vom

11. Juli 1977 bis 31. Dezember 1988 in Deutschland beschäftigt. Er wanderte im Oktober 1989 mit der Klägerin nach Kanada aus und erwarb 1993 die kanadische Staatsangehörigkeit. Als der Versicherte im Januar 2000 nach R (USStaat V) verzog, verblieb die Klägerin mit der gemeinsamen Tochter in T. Die Ehe wurde am 16. Oktober 2004 auf Antrag der Klägerin geschieden.

Im Frühjahr 2015 stellten die Ã∏rzte beim Versicherten die Diagnose Bauchspeicheldrüsenkrebs, Stadium 4. Der Versicherte unterschrieb am 5. Juni 2015 eine Einwilligungserklärung in eine geplante Chemotherapie (Consent for Intravenous/Injection Treatment). Hierin hei̸t es, dass das Ziel der Behandlung die Kontrolle der Erkrankung sei (â∏palliationâ∏). Die als Laborassistentin in T beschĤftigte KlĤgerin nahm vom 29. Juni 2015 bis 16. November 2015 Urlaub, um den Kläger zu pflegen. In einem Bericht des VÂ I vom 29. Oktober 2015 über den Krankheitsverlauf und die Behandlung heiÃ∏t es: 9/2015 Abbruch der Chemotherapie wegen Fortschreitens der Erkrankung; 9/21/15CT Scan zeigt fortschreitende Lebermetastasen. Derzeitige Behandlung: Second-Line- Therapie mit Topotecan und als Ziel der Behandlung: palliativ (â∏pallationâ∏∏). In einem Befundbericht (â∏Medical Certificate for Employment Insurance Compassionate Care Benefitsâ∏) fýr einen Antrag des Versicherten auf â∏Employment Insuranceâ∏∏ vom 23. Juni 2015 â∏∏ ausgefüIIt von der behandelnden ̸rztin des Versicherten â∏∏ heiÃ∏t es unter B 1. â∏∏The patient has a serious medical condition and a significant risk of death within the next 26Â weeks (6Â months) â∏∏ yesâ∏∏. Der Eintrag unter CÂ 3 lautet: â∏∏Did the two conditions in B above apply to your patient for an earlier period within the past 6 months?, yes, If yes, provide the earlier date: 2015-04-20â∏. Am 2. Juni 2015 unterschrieb der Versicherte seinen letzten Willen und sein Testament. Nachdem sich die Klägerin und der Versicherte im August/Septemberå 2015 zu einer erneuten EheschlieÄ\(\text{ung entschlossen hatten, heirateten sie am}\) 6. Oktober 2015 in einem Krankenhaus in V. Der Versicherte verstarb am 22. Februar 2016 in T. In einem Schreiben der Klägerin zu einem Antrag nach dem Tod des Versicherten mit der Nummer GP-17-2427 hei̸t es: â∏Die Testergebnisse waren niemals aufmunternd, seine Prognose wurde schlechter mit der Zeitâ∏¦â∏ und weiter: â∏â∏¦ Ich habe ihn gepflegt und ihn im 9-monatigen Sterbeprozess beobachtet.â∏∏

Die Klägerin beantragte mit dem bei der Beklagten am 25. Juli 2017 eingegangenen Antrag vom 14. März 2016 eine Hinterbliebenenrente. Mit Schreiben vom 11. Oktober 2017 gab sie gegenüber der Beklagten an: Der Versicherte und sie hätten sich nie aus den Augen verloren, seien stets in Kontakt geblieben und hätte wieder zueinander gefunden. Ã□ber viele Jahre hätten sie ein gemeinsames Konto gehabt und trotz unterschiedlicher offizieller Anschriften in â□□wilder Eheâ□□ gelebt. Der Versicherte sei mindestens 3 oder 4mal im Jahr auf Urlaub nach T gekommen. Es habe auch Besuche von ihr und ihrer Tochter in R gegeben. Ihr â□□Lebensgefährteâ□□ und sie hätten bereits früher erneut geheiratet, aber er sei sehr krank gewesen. Mit Datum vom 18. Dezember 2017 erklärte die Klägerin im Nachgang zu den noch vom Versicherten unter dem 26. bzw. 29. Januar 2016 gestellten Anträgen auf Versichertenrente aus der deutschen Rentenversicherung bzw. â□□Beitragserstattung bei Aufenthalt im

Mit Bescheid vom 21. März 2018 lehnte die Beklagte den Antrag ab. Sie begründete ihre Entscheidung damit, dass ein Anspruch auf Witwenrente ausgeschlossen sei, da die Ehe zum Zeitpunkt des Todes des Versicherten weniger als ein Jahr gedauert habe und die im Rentenverfahren dargelegten Gründe nicht geeignet seien, die gesetzliche Vermutung, dass eine Ehe aus alleinigen oder überwiegenden Versorgungsgründen vorliege, zu widerlegen. Hiergegen legte die Klägerin Widerspruch ein und machte geltend, dass die gesetzliche Vermutung in ihrem Fall nicht greife. Versorgungsgründe wären weder bei ihr noch bei ihrem verstorbenen Ehemann für die EheschlieÃ□ung ein maÃ□geblicher Beweggrund gewesen. Mit Widerspruchsbescheid vom 23. Januar 2019 wies die Beklagte den Widerspruch als unbegrþndet zurück.

Im Klageverfahren hat die KlAzgerin vorgetragen: Von 2005 bis Oktober 2015 hÃxtte sie mit dem Versicherten in einer eheÃxhnlichen Gemeinschaft gelebt, die als Common Law-Marriage nach kanadischem Recht mit daraus resultierenden Rechten und Pflichten anerkannt worden sei. Sie h\(\tilde{A}\) xtten bereits im Jahr\(\tilde{A} \) 2006 beschlossen, erneut zu heiraten, dies jedoch nicht umgesetzt. Die Scheidung sei eine Art Betriebsunfall in einer ansonsten glücklichen Partnerschaft gewesen. Der zugrundeliegende Entschluss zu einer Wiederheirat habe ausschlie̸lich darin bestanden, ein Zeichen der gegenseitigen Zuneigung und der Hoffnung in einen glücklichen Ausgang der Erkrankung zu setzen. Sie sei finanziell unabhängig gewesen. Zudem habe ein â∏gemeinsamer Wohnsitzâ∏∏ und Bankkonto während der eheĤhnlichen Gemeinschaft bestanden. Aufgrund der Common Law-Partnerschaft und des damit einhergehenden â∏der Ehe überwiegend gleichstehenden â∏∏ Rechtsstatus´ habe keine besondere Dringlichkeit, durch eine offizielle Wiederheirat eine formell geschlossene Ehe schnellstmĶglich wiederzuerlangen, bestanden. Der formellen Eheschlie̸ung im kanadischen Rechtskontext komme damit aufgrund dieser Besonderheit eine gegenļber den Rechtsfolgen der Eheschlie̸ung deutlich stärker hervorgehobene Symbolwirkung zu. Der â∏∏aus einer vierzigjährigen Partnerschaftâ∏∏ erwachsene Entschluss zu einer Wiederheirat sei aus wirklichkeitsnahen Gründen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Mit der Wiederheirat sei keine Versorgungsmotivation verbunden gewesen, zumal sie selbst über eine eigene finanzielle Absicherung verfügt habe.

Das Sozialgericht (SG) Berlin hat die Klage mit Urteil vom 10. Januar 2023 abgewiesen. Zur Begründung ist ausgeführt: Die zulässige Klage sei unbegründet. Der Bescheid der Beklagten vom 21. März 2018 in Gestalt des

Widerspruchsbescheides vom 23. Januar 2019 sei rechtmäÃ∏ig. Die Klägerin habe gegen die Beklagte keinen Anspruch auf Zahlung einer Witwenrente. Anspruchsgrundlage für einen Anspruch auf Witwenrente sei §Â 46 Abs. 2 Nr. 2 Sozialgesetzbuch â∏∏ Gesetzliche Rentenversicherung â∏∏ (SGBÂ VI). Danach hÃxtten Witwen, die nicht wieder geheiratet hÃxtten, nach dem Tod des versicherten Ehegatten, der die allgemeine Wartezeit erfA¼llt habe, Anspruch auf gro̸e Witwenrente, wenn sie das 47. Lebensjahr vollendet hätten. GemäÃ∏ §Â 46 Abs. 2a SGB VI hätten Hinterbliebene jedoch keinen Anspruch auf Hinterbliebenenrente, wenn die Ehe nicht mindestens ein Jahr gedauert habe. Dies sei hier der Fall. Denn die Ehe zwischen der KlĤgerin und dem Versicherten habe nur vier Monate gedauert, bevor der Versicherte verstorben sei. Ausnahmsweise bestehe ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente bei einer Ehedauer von unter einem Jahr aber dann, wenn nach den besonderen UmstÄxnden des Falles die Annahme nicht gerechtfertigt sei, dass es der alleinige oder A¼berwiegende Zweck der Heirat gewesen war, einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung zu begrļnden. Als besondere Umstände im Sinne des <u>§Â 46 Abs. 2a SGB VI</u> seien alle äuÃ∏eren und inneren UmstĤnde des Einzelfalles anzusehen, die auf von der Versorgungsabsicht verschiedene Beweggründe fþr die Heirat schlieÃ∏en lie̸en (BSG, Urteil vom 5. Mai 2009 â∏∏ <u>BÂ 13Â RÂ 55/08Â R</u>Â â∏∏ mwN, juris). Die Gesamtbetrachtung und AbwĤgung der Beweggrļnde beider Ehegatten für die Heirat müsse ergeben, dass die von der Versorgungsabsicht verschiedenen Beweggrļnde insgesamt gesehen den Versorgungszweck überwögen oder zumindest gleichwertig seien. Die vom hinterbliebenen Ehegatten behaupteten inneren Umstände für die Heirat seien nicht nur für sich isoliert zu betrachten, sondern vor dem Hintergrund der zum Zeitpunkt der jeweiligen Eheschlie̸ung bestehenden äuÃ∏eren Umstände in eine Gesamtwürdigung einzustellen und unter Berücksichtigung aller sonstigen Umstände des Einzelfalles zu bewerten (BSG, Urteil vom 6. Mai 2010 â∏ <u>B 13 R 134/08 R</u> â∏; BSG, Urteil vom 5. Mai 2009, <u>aaO</u>, juris). Die Umstände seien nachzuweisen; die Beweislast trage, wer die Hinterbliebenenrente beantrage. Im Rahmen der Gewichtung komme stets dem Gesundheits- und Krankheitszustand im Zeitpunkt der Eheschlie̸ung eine gewichtige Bedeutung zu. In der Regel sei der Ausnahmetatbestand des <u>§Â 46 Abs. 2a Halbs. 2 SGBÂ VI</u> nicht erfA ¼IIt, wenn der Versicherte zum Zeitpunkt der EheschlieA ☐ ung offenkundig bereits an einer lebensbedrohlichen Krankheit gelitten habe, wie dies hier der Fall sei (Bauchspeicheldrýsenkrebs Stadium IV).

Doch sei auch bei einer nach objektiven MaÃ\stÃ\ben schweren Erkrankung mit einer ungÃ\frac{1}{4}nstigen Verlaufsprognose und entsprechender Kenntnis der Ehegatten der Nachweis nicht ausgeschlossen, dass dessen ungeachtet â\su\hat{A}\frac{1}{4}berwiegend oder zumindest gleichwertig â\su\hat{B}\ aus anderen als VersorgungsgrÃ\frac{1}{4}nden geheiratet worden sei. Allerdings mÃ\frac{1}{4}ssten dann bei abschlieÃ\su\hat{B}\ ender Gesamtbewertung diejenigen besonderen â\su\hat{A}\ inneren und \hat{A}\timesu\hat{A}\su\hat{B}\ eren\hat{A}\ \hat{B}\su\times Umst\hat{A}\timesnde, die gegen eine Versorgungsehe spr\hat{A}\timeschen, umso gewichtiger sein, je offenkundiger und je lebensbedrohlicher die Krankheit eines Versicherten im Zeitpunkt der Eheschlie\hat{B}\su\times ung gewesen sei. Demgem\hat{A}\times\hat{A}\su\times steige mit dem Grad der Lebensbedrohlichkeit einer Krankheit und dem Grad der Offenkundigkeit zugleich der Grad des Zweifels an dem Vorliegen solcher besonderen Umst\hat{A}\timesnde, die von

diesem für die Widerlegung der gesetzlichen Annahme (Vermutung) einer Versorgungsehe bei einem Versterben des versicherten Ehegatten innerhalb eines Jahres nach Eheschlie̸ung angeführt worden seien. Nach diesen Grundsätzen sei für die Heirat kein von der Versorgungsabsicht verschiedener Beweggrund zu erkennen, der den Versorgungszweck einer Ehe überwöge oder zumindest gleichwertig sei. Bei der anzustellenden Gesamtbetrachtung und AbwĤgung sei davon auszugehen, dass die KlĤgerin und der Versicherte zum Zeitpunkt der gehabt hÃxtten. Die Lebenserwartung bei einer Bauchspeicheldrýsenkrebserkrankung im Stadium 4Â sei sehr gering und betrage ungefĤhr 4-5 Monate. Dass der tödliche Ausgang der Erkrankung dem Versicherten bekannt gewesen sei, ergebe sich zum einen aus der Tatsache, dass er im Juni einen Behandlungsvertrag fýr eine Chemotherapie unterschrieben habe, in welchem es eindeutig gehei̸en habe, dass nur eine palliative Behandlung bezweckt werde. Zudem habe er im Juni 2015 sein Testament vor Zeugen erstellt. In einem Befundbericht (â∏Medical Certificate for Employment Insurance Compassionate Care Benefitsâ∏) fýr einen Antrag des Versicherten auf Employment Insurance vom 23. Juni 2015, welcher der Klägerin und dem Versicherten vorgelegen habe, hei̸e es unter BÂ 1.: â∏∏The patient has a serious medical condition and a significant risk of death within the next 26 weeks (6 months) â□□ yesâ□□. Der Eintrag unter CÂ 3 laute: â□□Did the two conditions in B above apply to your patient for an earlier period within the past 6Â months?, yes, If yes, provide the earlier date: 2015-04-20â∏∏. Insoweit habe der Versicherte um seinen lebensbedrohlichen Zustand gewusst. Dies sei auch bei der KlĤgerin der Fall gewesen. Insoweit werde auf das zu den Akten gereichte Anschreiben der KIägerin an eine Versicherung zur Nummer GP-17-2427 Bezug genommen, in dem sie ausgefļhrt habe, dass sie ihn begleitet, gepflegt und über den gesamten Zeitraum beim Sterben begleitet habe, sowie den o.g. Befundbericht fÃ1/4r die Employment Insurance. Nach den von der KlĤgerin geschilderten UmstĤnden sei die lebensbedrohliche Situation für den Versicherten für die EheschlieÃ∏ung handlungsleitend gewesen. Die erfolgte Eheschlieà ung sei nicht die Umsetzung eines bereits zuvor vorbereiteten und auch nach auA

en hin kundgemachten Geschehensplanes gewesen. Es habe in der Zeit, bevor es dem Versicherten zusehends gesundheitlich schlechter ging und insbesondere vor der Krebsdiagnose, keine konkreten HochzeitsplĤne gegeben. Die KlĤgerin habe auf gerichtliche Nachfrage ausgeführt, erst zwischen August und September 2015, also nach der Krebsdiagnose, der Testamentserstellung und dem Abbruch der Chemotherapie wegen Fortschreitens der Erkrankung im September 2015 wegen fortschreitender Lebermetastasen, sei mit der Hochzeitsplanung begonnen worden. Wie sie selbst ausgeführt habe, sei wegen des in Kanada angewandten Common Law-Rechtssystems ein offizieller Trauschein nicht wirklich erforderlich gewesen. Der formellen Eheschlie̸ung im kanadischen Rechtskontext komme auch nicht aufgrund der Besonderheit des Instituts der Common Law-Ehe eine gegenļber Symbolwirkung zu. Vielmehr spreche gerade dies fýr die Annahme, dass die Krankheitsnachricht den AnstoÃ□ zur nachfolgenden EheschlieÃ□ung gegeben habe. Dass die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) gerin und ihr verstorbener Ehemann sich nicht explizit \(\tilde{A}^{1}\)\(\tilde{d}\) ber eine

Versorgung Gedanken gemacht h\tilde{A}\tilde{x}tten und beide \tilde{A}^1\tilde{\tilde{4}}ber einen gesicherten

Lebensunterhalt verfügten, sei kein vom Versorgungsgedanken verschiedener besonderer Beweggrund.

Mit der Berufung verfolgt die KlĤgerin ihr Begehren weiter und trĤgt ergĤnzend vor: Zu Unrecht habe das SG ihre Common Law-Marriage herabgewürdigt. Ihre Lebenswirklichkeit sei durch die nordamerikanische Rechtslage maÄ∏geblich geprägt. Sie habe als Common Law-Partnerin auch ohne Wiederheirat Anspruch auf eine kanadische Hinterbliebenenrente gehabt. Nach US-amerikanischem Bundesrecht habe sie als geschiedene Witwe, sofern â∏ wie bei ihr â∏ die Ehe IÃxnger als zehn Jahre bestanden habe, Anspruch auf eine Hinterbliebenenversorgung. Somit spiele der Faktor Versorgungsehe in der nordamerikanischen Rechtswirklichkeit faktisch überhaupt keine Rolle. Zwar sei Erkrankungsverlaufs â∏bereits denkbarâ∏ gewesen sei; der zugrundeliegende Entschluss habe aber ausschlie Allich darin bestanden, ein Zeichen der gegenseitigen Zuneigung, des Rückhalts und Einstehens sowie der Hoffnung in einen glücklicheren Ausgang der Erkrankung zu setzen. Die EheschlieÃ∏ung, bei der ein Priester das Palliativteam des Krankenhauses unterstützt habe, habe ferner den Sterbeprozess erleichtert. Die Eheschlie̸ung sei am vierzigsten Hochzeitstag der ursprünglichen EheschlieÃ∏ung erfolgt, was die symbolische Wirkung der Wiederheirat für die Eheleute in besonderer Weise verdeutlicht habe. Die Möglichkeit einer EheschlieÃ∏ung zum Lebensende habe nach dem Stand der palliativen Wissenschaft nachgewiesen positive Effekte auf die psychologische Gesundheit. Schlie̸lich sei die begehrte Witwenrente in monetärer Hinsicht nahezu vernachlĤssigbar.

Die KlAxgerin beantragt,

die Beklagte zu verurteilen, der Klägerin unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts Berlin vom 10. Januar 2023 und unter Abänderung des Bescheides vom 21. März 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23. Januar 2019 eine Witwenrente zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie verteidigt das angegriffene Urteil und trägt ergänzend vor: Es spiele keine Rolle, ob der gegebenenfalls bescheidenen deutschen Witwenrente eine wesentliche Funktion bei der Versorgung der Klägerin zukomme. Eine Eheschlieà ung als Zeichen der gegenseitigen Zuneigung sowie des Rückhaltes stehe nicht im Gegensatz zu einer Versorgungsabsicht. Vielmehr sei der Versorgungsgedanke auch ein solches Zeichen. Feststehe, dass die Klägerin und der Versicherte jedenfalls für einen bedeutenden Zeitraum ihrer Verbindung das Rechtsinstitut der Ehe nicht gewählt hätten.

Wegen des Vorbringens der Beteiligten im Ã□brigen wird auf deren vorbereitende Schriftsätze nebst Anlagen verwiesen.

Die Verwaltungsakte der Beklagten für den Versicherten (2 Bände) und die Gerichtsakten (2 Bände) haben vorgelegen und sind Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung des Senats ohne m $\tilde{A}^{1/4}$ ndliche Verhandlung einverstanden erkl \tilde{A} xrt (\hat{A} \$ \hat{A} \$ \hat{A} \$ \hat{A} \$1, 124 Abs. \hat{A} 2 Sozialgerichtsgesetz).

Â

EntscheidungsgrÄ¹/₄nde

Die Berufung und die Klage der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)gerin sind zul\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)ssig, aber unbegr\(\tilde{A}^{1}\!\!/_{4}\)ndet.

Die Klägerin hat gegen die Beklagte keinen Anspruch auf (groÃ□e) Witwenrente nach §Â 46 Abs. 2 Satz 1 SGB VI. Nach der genannten Vorschrift haben Witwen, die nicht wieder geheiratet haben, nach dem Tod des versicherten Ehegatten, der â□□ wie hier â□□ die allgemeine Wartezeit erfýIIt hat, Anspruch auf groÃ□e Witwenrente, wenn sie das 47. Lebensjahr vollendet haben. Die tatbestandlichen Voraussetzungen dieser Vorschrift sind in der Person der zum Zeitpunkt des Ablebens des Versicherten 64 Jahre alten Klägerin erfüIIt. Einem Anspruch auf Witwenrente steht indes die Vorschrift des §Â 46 Abs. 2a SGBÂ VI entgegen.

Danach haben Witwen keinen Anspruch auf Witwenrente, wenn die Ehe â∏ wie hier â∏ nicht mindestens ein Jahr gedauert hat, es sei denn, dass nach den besonderen Umständen des Falles die Annahme nicht gerechtfertigt ist, dass es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung zu begründen. Diese Vorschrift wurde durch Artikel 1 Nr. 6b des Altersvermögensergänzungsgesetzes vom 21. März 2001 (BGBl. I S. 403) mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in das SGB VI eingefügt. Sie begründet für alle seit ihrem Inkrafttreten am 1. Januar 2002 (vgl. §Â 242a Abs. 3 SGB VI) geschlossenen Ehen die gesetzliche Vermutung, dass bei einem Tod des Versicherten innerhalb eines Jahres nach der EheschlieÃ☐ung die Erlangung einer Versorgung alleiniger oder überwiegender Zweck der EheschlieÃ☐ung war. Die (zweite) Ehe zwischen der Klägerin und dem Versicherten hat weniger als ein Jahr gedauert, nämlich vom 6. Oktober 2015 bis 22. Februar 2016. Die gesetzliche Vermutung des §Â 46 Abs. 2a SGBÂ VI greift also ein.

der Regelung des <u>§Â 46 Abs. 2a SGB VI</u> diesem Aspekt für die Zuerkennung einer Witwenrente bei einer Ehedauer unter einem Jahr entscheidende Bedeutung für das von ihm geregelte Rentenrecht zugemessen hat und für die Zuerkennung von Witwenrentenansprļchen in nicht zu beanstandender Weise nur die Ehe bzw. für gleichgeschlechtliche Verbindungen die Lebenspartnerschaft als Anknüpfungspunkt gewählt sowie darauf verzichtet hat, neben dem im Ã∏brigen auch in Nordamerika anerkannten Rechtsinstitut der Ehe weitere Rechtsinstitute wie die Common Law-Marriage rentenrechtlich zu begļnstigen. Dementsprechend kann die Common Law-Partnerschaft, weil sie einem RechtsverhĤltnis im Geltungsbereich des Sozialgesetzbuchs nicht entspricht (vgl. § 34 Abs. 1 Sozialgesetzbuch â∏∏ Allgemeiner Teil -), weder einer Ehe noch einer eingetragenen Lebenspartnerschaft iSd deutschen Rechtsvorschriften gleichgestellt werden. Damit ist auch keine Herabwürdigung des in der kanadischen Provinz Ontario â∏∏ nicht jedoch in Virginia (vgl. Virginia State Bar Informational Brochures, Marriage in Virginia, https://vsb.org/common/Uploaded%20files/docs/pub-fa-marriage.pdf)Â â∏∏ anerkannten Rechtsinstituts der Common Law-Marriage verbunden, auf das sich die Klägerin â∏∏ ungeachtet des von ihr eingeräumten Umstandes, dass sie und der Versicherte zwischen der Scheidung und der erneuten Heirat sich zwar mehrmals im Jahr besucht, aber nicht längere Zeit in Kanada zusammengelebt haben â∏∏ beruft. Es kann mangels Entscheidungserheblichkeit offenbleiben, ob und gegebenenfalls für welche Zeiträume die Voraussetzungen für eine Anwendung dieses Rechtsinstitut im Fall der Verbindung zwischen der KlĤgerin und dem Versicherten gegeben waren. Das SG hat zu Recht in der Gesamtschau dem Gesichtspunkt, dass die lebensbedrohliche Situation des Versicherten fÃ1/4r die Eheschlie̸ung handlungsleitend gewesen war, maÃ∏gebliche Bedeutung zuerkannt. Dem zugunsten der KlĤgerin einzurĤumenden Gesichtspunkt, dass sie und der Versicherte ihre Beziehung unabhĤngig von Versorgungsgesichtspunkten (auch) als Zeichen der Zuneigung vor dem nahenden Tod des Versicherten sowie aus religiösen Gründen noch formal durch eine EheschlieÃ∏ung legitimieren wollten, kommt kein derartiges Gewicht zu, dass dieses Motiv zumindest als dem â∏ sich in der gegebenen Situation des Versicherten für jeden aufdrängenden und in jeder Hinsicht verständlichen â∏∏ Versorgungsgedanken gleichgewichtiges Motiv anzusehen wĤre. Eine besondere symbolische Wirkung der Wiederheirat für die Eheleute ist nicht zu erkennen. Sie liegt insbesondere nicht darin, dass diese am vierzigsten Hochzeitstag der ursprünglichen EheschlieÃ∏ung erfolgt sein soll. Diese Behauptung der KlĤgerin trifft offensichtlich nicht zu. Die erste Heirat fand am 16. Dezember 1975 und die zweite am 6. Oktober 2015 statt. Der Klägerin wird nicht unterstellt, dass das von ihr fýr die Wiederheirat angeführte Motiv, die nach ihren Angaben über viele Jahre bestehende Liebesbeziehung nach au̸en hin zu dokumentieren und dem Versicherten den Sterbeprozess zu erleichtern, nicht vorgelegen hĤtte. Im Rahmen der gebotenen Gesamtabwägung ist angesichts der festgestellten äuÃ∏eren Umstände jedoch davon auszugehen, dass dieses Motiv nicht ausschlaggebend fýr die Heiratsabsicht war bzw. dass es sich hierbei im VerhĤltnis zur Versorgungsabsicht jedenfalls nicht um zumindest gleichwertige Beweggründe gehandelt hat.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 193 SGG</u>.

Grýnde fýr eine Zulassung der Revision nach <u>§Â 160 Abs. 2 Nrn</u>. 1 oder 2 SGG liegen nicht vor.

Â

Erstellt am: 02.08.2024

Zuletzt verändert am: 22.12.2024